



Teilhabe und Teilen – Aufruf nach der ersten Vesperkirche in Ludwigsburg

Der Landkreis Ludwigsburg gehört in Deutschland zu den wirtschaftlich starken Regionen. Dennoch hat sich auch hier in den letzten Jahren die Schere zwischen Arm und Reich weiter geöffnet. Viele Einrichtungen von Diakonie und Caritas beobachten eine zunehmende Armut und darüber hinaus eine Perspektivlosigkeit für immer mehr Menschen am unteren Rand der Gesellschaft:

- Unsere Sozialberatungsangebote und Anlaufstellen für Menschen in Not sind tagtäglich mit immer mehr Menschen in materieller, wie seelischer Not konfrontiert.
- In unseren Angeboten für Kinder und Jugendliche, wie etwa dem Mittagstisch oder der Schulsozialarbeit, erleben wir die Folgen von Kinderarmut.
- Die Vesperkirche in Ludwigsburg brachte als Begegnungsprojekt Menschen aus unterschiedlichen Milieus miteinander ins Gespräch und öffnete so manche Augen für das Gesicht der Armut in der unmittelbaren Nachbarschaft.

In dieser Situation sehen sich die Kirchen, ihre sozialen Einrichtungen und die einzelnen Gemeindeglieder in der Pflicht sich neu auf die biblisch begründete Verantwortung für Menschen in Armut zu besinnen.

Diese Zielsetzung verfolgt die vorliegende Erklärung, die verschiedene Kooperationspartner als Folge der ersten Vesperkirche in Ludwigsburg zusammen erarbeitet haben.

1. Biblisch-theologische Begründung

Die geistliche und geistige Grundlage ist unsere Beziehung zum Schöpfer und damit zur gesamten Schöpfung im Sinne des jüdisch-christlichen Schöpfungsglaubens. Danach ist jeder Mensch als eine in der Weltgeschichte einmalige Person ein Ebenbild Gottes. Jede und jeder hat daher unabhängig von Geschlecht, Herkunft sowie religiöser und sozialer Prägung ein von Gott geschenktes uneingeschränktes Recht auf Leben und damit Anspruch auf Würde und Achtung. In diesem grundlegenden Zusammenhang gehört das biblische Verständnis von Gerechtigkeit. Sie zielt auf eine selbst verantwortete und weitestgehend selbst gestaltete Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in allen entscheidenden Lebensbereichen ab. Diese Gerechtigkeit verdichtet sich in der Frohen Botschaft von Jesus Christus.

Für das Christentum ist er das geschichtlich und für alle Zeit und jeden Ort verbindlich gewordene Wort Gottes. Seine Messianität erfüllt sich in seinem Anspruch, Diener (diakonos) gerade der Menschen zu sein, die durch eine wie auch immer geartete Armut Ausgrenzungen erleiden müssen. Sein Tod am Kreuz ist letztlich Dienst am Leben und damit die Rechtfertigung derjenigen, denen Leben mit Sinn und Zukunft verweigert wird. Hierin liegt die Motivation, sowohl zu unserer konkreten Hilfe am Einzelnen, wie auch zu unserem öffentlichen Eintreten für gerechte und damit Frieden stiftende Strukturen in den jeweiligen Ausprägungen des Gemeinwesens.





2. Zumutungen und Handlungsempfehlungen

Mit einem realistischen Blick auf die Kirchengemeinden muss man allerdings feststellen, dass ärmere Menschen in vielen Gemeinden wenig oder gar nicht sichtbar sind. Kirchengemeinden sind vielmehr häufig von einem Mittelschichtsmilieu geprägt, das sich etwa in Bildung und im Lebensstil ausdrückt. Unbeabsichtigt werden so immer wieder arme Menschen ausgegrenzt. Wir ermuntern Gemeinden sich zu fragen, ob alle Bereiche ihrer Arbeit auch für Menschen mit wenig Geld einladend und finanzierbar sind.

Vor diesem Hintergrund regen wir Kirchengemeinderäte und einzelne Gemeindegruppen an, ihr Gemeinwesen und die Menschen in ihm mit der „Brille der Gottesebenbildlichkeit“ neu wahrzunehmen. Ein solches Hinsehen ist die Grundlage für das Gespräch mit den Betroffenen in der unmittelbaren Nachbarschaft – über ihre Situation, ihre Sorgen und Nöte, wie auch ihren Bedarf und ihre Erwartungen. Kurz: Für ein interessiertes Zuhören. Dieses Gespräch muss auf Augenhöhe geführt werden und darf die Ärmere nicht allein zu potentiellen Objekten von Hilfsangeboten machen. Erfreulicherweise sind manche Gemeinden und übergreifende Initiativen bereits konkrete Schritte gegangen und suchen nach kreativen Antworten um unbewusste Mechanismen der Ausgrenzung zu überwinden. Ihr Leitmotiv sollte dabei stets „Teilhabe ermöglichen“ sein. Armut hat vielfältige strukturelle Ursachen. Von Armut Betroffene sollen Kirchengemeinden auch als öffentliche Fürsprecher erleben. Deshalb bitten wir sie sich einzumischen, anwaltschaftlich für Betroffene einzutreten und Ungerechtigkeiten beim Namen zu nennen. Kirche wird dadurch für Arme eine relevante Größe und bezieht auch in ihre eigenen Reihen hinein Stellung! Kirchengemeinden und die kirchlich-sozialen Einrichtungen brauchen einander gegenseitig. Beide setzen sich dafür ein, dass in einem österlichen Sinne „dem Leben zu seinem Recht“ verholfen wird. Die gegenseitige Unterstützung macht manches konkrete Hilfsangebot erst möglich und verdeutlicht nach außen, dass Caritas/Diakonie und Kirche zusammengehören!

3. Forderungen

Fördern und fordern – neu denken!

Die gesamte Hartz-Gesetzgebung steht unter dem Motto "fördern und fordern". Die Unterzeichnenden setzen sich dafür ein, diese stehende Wendung „fördern und fordern“ auf der Grundlage der Gottesebenbildlichkeit neu positiv zu füllen. Sie bedeutet dann auch „**Ich traue Dir etwas zu!**“. So verstanden werden Menschen von ihrem Potential und nicht von ihrem Defizit her betrachtet.

Von dieser Grundlage leitet sich für uns das Recht jedes Menschen ab gut zu leben, nämlich seine von Gott geschenkten Begabungen entfalten zu können und damit teil haben zu können an der Fülle des Lebens – an der Fülle Gottes. Das Recht auf gerechte Teilhabe am öffentlichen Leben ist allerdings in verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft für immer mehr Menschen nicht mehr gewährleistet. Gesellschaftliche Teilhabe ist z.B. nur möglich, wo Menschen räumlich mobil sein können. Wir fordern auf diesem Hintergrund ein kostenloses Sozialticket für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) für Langzeitarbeitslose und Empfänger von Grundsicherung.

Seniorenfahrt,
Kindergarten-
Aktivitäten etc.

Begegnung beim
bezahlbaren Mittags-
tisch, Hausaufga-
benhilfe, Ressour-
cen (z.B. Räume)
günstig oder kosten-
los zur Verfügung
stellen.

Them. Artikelreihe im
Gemeindebrief oder
Leserbriefe in der
Zeitung mit dem Ver-
weis auf die Funktion
des Schreibers in der
Gemeinde werden
als Zeichen der Soli-
darität wahrgenom-
men.

Teilhabe scheitert
z.B. an Kosten für
den Weg zum Sport-
verein oder zu
Ämtern.
Oder: ALG-II-
Bezieher brauchen
gebührenfreie Giro-
konten.
Konten sind
Grundvoraussetzung
für Teilhabe!



VESPERKIRCHE LUDWIGSBURG

Kinderarmut

Um Zukunftschancen entwickeln zu können, hat für Kinder und Jugendliche der Grundgedanke der Teilhabe an unserer Gesellschaft eine besondere Bedeutung. Im Zentrum steht dabei der Zugang zu Bildung. Dieser Zugang muss von der sozialen und ethnischen Herkunft entkoppelt werden – dazu muss Bildung und ihre Rahmenbedingungen kreativ neu gedacht werden. Es geht um mehr Chancengerechtigkeit, kurz: Bildung für Alle!

Im derzeitigen Regelsatz des Arbeitslosengeldes (ALG) II für Kinder und Jugendliche ist ein deutlich zu geringer Betrag für Bildung vorgesehen. Wir fordern dies im Rahmen der laufenden Überprüfung der Regelsätze zu verändern – allerdings nicht zu Lasten anderer Bereiche. Denkbar ist auch die „Ausbezahlung“ des Bildungsanteils teilweise in Form von Kultur-, Sport- oder Schulgutscheinen.

Ganztageschulen leisten einen wichtigen Beitrag, um allen Kindern und Jugendlichen optimale Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten und damit Bedingungen für Chancengerechtigkeit zu schaffen. Sie müssen ausgebaut werden und kostenfrei sein. Dazu gehört dann auch ein kostenfreies Mittagessensangebot, das durch Umschichtung innerhalb der bestehenden Familienförderung finanziert werden könnte. Kirchengemeinden, kirchliche Vereine und Träger der offenen Jugendarbeit sind in diesem Feld bereits vielfältige Kooperationen mit Schulen eingegangen, die ausgebaut werden sollten. Dadurch können Berührungsängste zur außerschulischen Jugendbildung abgebaut und Zugänge zu ihr erleichtert werden.

Darüber hinaus sollte der Grundgedanken der Teilhabe an den Möglichkeiten unserer Gesellschaft auch durch die Einrichtung von Sozialfonds auf privater Basis oder durch reduzierte Vereinsbeiträge für Arme gestärkt werden.

Arbeitslosigkeit und Niedriglohnsektor

Arbeitslosigkeit ist eine Hauptursache für Armut. Jeder Mensch hat das Recht auf (Erwerbs-) Arbeit, das umgesetzt werden muss. Es geht dabei allerdings nicht um Arbeit um jeden Preis. Erforderlich sind Arbeitsstellen mit einem Einkommen, von dem man leben und Zukunftsperspektiven entwickeln kann.

Ergänzend fordern wir öffentlich geförderte Beschäftigung, die Perspektiven für Menschen bietet, die am sogenannten ersten Arbeitsmarkt auf Dauer keine Chance haben. Es schadet allen, wenn wir Menschen „abschreiben“ und an den Rand drängen, denn umso größer werden die sozialen Probleme. Unsere Gesellschaft braucht eine offene Diskussion über die „Zukunft der Arbeit“.

Für Menschen, die keine Arbeit haben oder von ihrer Arbeit nicht leben können, fordern wir Sozialleistungen, die Armut verhindern. Die derzeitigen Regelsätze sind in ihrer Höhe dafür nicht bedarfsgerecht. Das gilt insbesondere für die Regelsätze für Kinder und Jugendliche.

Wir fordern die „Kosten der Unterkunft“, wie im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vorgesehen, keinesfalls zu pauschalieren, sondern sie müssen weiterhin die realen Kosten decken. Die Folgen wären im angespannten Wohnungsmarkt unserer Region andernfalls verheerend.

z.B. für Schulranzen, Lernmaterial muss kostenfrei sein.

Lernräume, Spielräume, Gestaltungsräume, Bewegungsräume, Begegnungsräume

Finanzierung von Vereinsbeiträgen, Trainerschulungen (Nachwuchsförderung)

Weitere Mindestlohnsätze notwendig.



VESPERKIRCHE LUDWIGSBURG

Sozialleistungsempfänger müssten entweder einen Teil des Regelsatzes für die Wohnung, statt für Ernährung etc. ausgeben, oder ihnen würde die Obdachlosigkeit drohen.

Unsere Erfahrung ist: Hartz-IV-Empfänger wollen arbeiten! Wenn sich allerdings Resignation breit gemacht hat, dann lässt sich durch Sanktionen die Motivation nicht erzwingen. Jungen Menschen zu drohen die Sozialleistungen ganz zu streichen (auch für die Unterkunftskosten!), treibt sie ins soziale Abseits und in die Illegalität. In solchen Fällen ist eine Mischung aus sozialarbeiterischer Unterstützung und Angeboten zur beruflichen Qualifizierung notwendig.

Altersarmut

Die Armut alter Menschen wird in den nächsten Jahren deutlich zunehmen, denn die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld II (ALG II) und Niedriglohn hat zugenommen. Sie werden die zukünftigen Bezieher von Grundsicherung im Alter sein. Die aktuellen Sparvorschläge der Bundesregierung, die Rentenbeiträge für ALG II-Empfänger zu streichen, bedeuten eine Verschiebung der Kosten für (arme) Rentner vom Bundshaushalt auf die kommunalen Haushalte. Für Betroffene ein unwürdiger Übergang ins Rentnerdasein ohne dem „Armensystem“ entkommen zu können. Dies darf nicht weiter zementiert werden!

Im Alter steigt der Bedarf an medizinischer Versorgung. Die derzeitige Entwicklung im Gesundheitssystem trifft arme Rentner besonders hart. Die in den letzten Jahren hinter der Teuerungsrate zurückgebliebenen Renten einerseits und die stets steigenden Gesundheitskosten andererseits, treffen sie doppelt. Verstärkt wird dies durch die in jüngster Zeit drastisch reduzierten Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherungen für ambulante und stationäre Vorsorge und Rehabilitation (in Baden-Württemberg 18%). Dies bedeutet, dass ältere Menschen mehr für Gesundheit(svorsorge) aufwenden müssen, sofern ihr Einkommen dies überhaupt zulässt. Wir fordern gesundheits- und sozialpolitische Rahmenbedingungen, die Menschen eine faire Chance geben im Alter nicht in Armut leben zu müssen.

Angesichts des demographischen Wandels werden in Zukunft viel Fantasie und umfangreiche Anstrengungen notwendig sein um den steigenden Pflegebedarf in unserer Gesellschaft decken und finanzieren zu können. Dies trifft in besonderer Weise auf alte Menschen zu, die in Armut leben und würdig gepflegt werden sollen. Diese Zielgruppe darf angesichts dieser Herausforderung nicht aus dem Blick geraten (- auch in den Gemeinden nicht!).

4. Für eine solidarische Gesellschaft

„Solidarität mit den Schwachen“ steht in der Gefahr als Grundgedanke unseres Gemeinwesens verloren zu gehen. Wir brauchen aber eine solidarische Gesellschaft, die eine umfassende Teilhabe aller ermöglicht. Alle sind auf einen fairen Umgang untereinander angewiesen. Keiner ist ganz davor gefeit, aus seiner vermeintlich sicheren Existenz heraufzufallen. Zugespitzt lässt sich formulieren: „Wir sind alle ein Jahr vom Arbeitslosengeld II entfernt.“

Der Gedanke der Teilhabe einerseits und des Teilens andererseits muss daher in Zukunft in seiner Bedeutung für das soziale Miteinander neu durchbuchstabiert werden. In unserer sozialen Arbeit erleben wir als kirchliche Akteure vielfältige





VESPERKIRCHE

LUDWIGSBURG

Formen des Teilens: Geld- und Sachspenden, die viele Bereiche unserer Arbeit erst ermöglichen oder auch Zeitspenden in Form von ehrenamtlichem Engagement, das unserem Gemeinwesen ein soziales Gesicht gibt. Solche Zeichen ermutigen uns.

In der gerechteren Verteilung – auch der gesellschaftlichen Lasten – liegt der Schlüssel für eine zukunftsfähige Gesellschaft, nicht in weiterer sozialer Spaltung, wie beim aktuellen Sparpaket der Bundesregierung vorgesehen. Es ist richtig: Starke Schultern können eben mehr tragen als schwache.

Als Christen wollen wir uns durch konkrete Hilfsangebote – seien es kontinuierliche Anlaufstellen oder zeitlich befristete Begegnungsprojekte, wie auch durch offensives Einmischen in die öffentliche Debatte zur sozialen Gerechtigkeit engagiert einsetzen. Wir sind davon überzeugt, dass wir so im Dienst am Leben stehen, dem Gott zu seinem Recht verhelfen will.

Ludwigsburg, Juli 2010

Caritas Ludwigsburg-Waiblingen-Enz
Christlicher Verein Junger Menschen (CVJM) Ludwigsburg e.V.
Diakonischer Bezirksausschuss des Evangelischen Kirchenbezirks Ludwigsburg
Karlshöhe Ludwigsburg
Katholisches Dekanat Ludwigsburg
Wohnungslosenhilfe im Landkreis Ludwigsburg e.V.



Ev. Kirchenbezirk
Ludwigsburg



Kath. Kirche im
Dekanat Ludwigsburg

